



wer|denkt|was

wer denkt was GmbH, Robert-Bosch-Straße 7, 64293 Darmstadt

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/4267

Darmstadt, den 08.04.2015

**Stellungnahme zum Antrag „Demokratie lebt von Beteiligung“ und dem Änderungsantrag „Demokratie lebt von Vertrauen“**

Sehr geehrte Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses des Landes Schleswig-Holstein,

wir von der wer|denkt|was GmbH haben Ihre Anfrage nach einer Stellungnahme bezüglich des Antrages „Demokratie lebt von Beteiligung“ und des Änderungsantrages „Demokratie lebt von Vertrauen“ gerne entgegengenommen und werden diesen Anstoß dazu nutzen, um Ihnen unsere Erfahrungen im Themenbereich der E-Partizipation zur Verfügung zu stellen. Uns ist die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes am politischen Geschehen sehr wichtig, da wir darin auch die Keimzelle einer jeden lebendigen Demokratie sehen.

Wir begrüßen daher die Initiative des Landtags Schleswig-Holstein, dieses Thema vor dem Hintergrund der sinkenden Wahlbeteiligung aufzugreifen. Das Team der wer|denkt|was GmbH würde sich sehr freuen, wenn diese Stellungnahme einen Beitrag hinsichtlich kommender Entscheidungen und Vorgehensweisen für eine Steigerung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Prozess leisten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Robert Lokaiczky, Geschäftsführer

## Kurzstellungnahme

Politische Partizipation muss für Bürgerinnen und Bürger greifbar sein, ein Feedback bieten und so zeigen, dass eine aktive Beteiligung am politischen Prozess einen tatsächlichen Einfluss auf die jeweilige Lebenswirklichkeit des Einzelnen haben kann. Eine zentrale Hürde stellt dabei jedoch die zeitliche Komponente dar: Neben Beruf und Familie muss man, falls man sich einbringen möchte, einen nicht unerheblichen Teil seiner Freizeit in die Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen des politischen Geschehens investieren und dabei eventuell zeitaufwendige Behördengänge unternehmen oder an diversen Veranstaltungen teilnehmen.

Für diesen Missstand werden nicht selten die politischen Vertreter *in Persona* Verantwortlich gemacht. Ihnen wird gerne nachgesagt, sie seien unnahbar und träfen gerne im Verborgenen Entscheidungen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg. Dieser Umstand führt zur gegenwärtig oft zitierten Politik(er)verdrossenheit. Doch Bürgerinnen und Bürger sind durchaus an politischen Themen interessiert. Lediglich die gefühlte Distanz zwischen politischen Entscheidungsträgern und Bevölkerung, zwischen praktizierter Politik und dem Bürgerwillen, führt zu einer Ablehnung der Politik und der Gesichter, die für sie stehen.

Im repräsentativen System der Bundesrepublik Deutschland stellen die Wahlen die zentrale Form der politischen Beteiligung des Einzelnen dar. Zwischen den einzelnen Wahlakten entstehen mitunter lange Pausen des politischen Handelns seitens der Bürgerinnen und Bürger. In diesen Zeitfenstern kann für Bürgerinnen und Bürger der Eindruck entstehen, dass die unmittelbare Einflussnahme auf politische Entscheidungen in zu großem Maße eingeschränkt ist. Hier fehlt die politische Selbstwirksamkeitserfahrung ebenso wie das dialogische Element der politischen Meinungsbildung, welches zunehmend eingefordert wird – von der Bürgerschaft selbst, durch Proteste und Demonstrationen, aber schließlich auch durch Verweigerung der Stimmabgabe bei den Wahlen. Sinkt die Wahlbeteiligung ab, kann auch die Legitimität der gewählten Vertreter in Zweifel gezogen werden. Eine lebendige Demokratie setzt also die Legitimation durch ihre Bürgerinnen und Bürger voraus - Legitimation wiederum entsteht durch aktive Beteiligung.

Um Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen zu erreichen, für politische Themen zu interessieren, und ihre Motivation zur politischen Beteiligung zu steigern, können konsultative Beteiligungsverfahren eingesetzt werden.

Dabei ermöglichen digitale Medien kurze, direkte Kommunikationswege und eine zeit- und ortsunabhängige Beteiligung. Dies kann in dem beschriebenen Zusammenhang gezielt dazu eingesetzt werden, Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform zu bieten, auf der sie sich entsprechend ihrer Eigenmotivation und ihres Zeitbudgets zunächst umfassend informieren und anschließend gegebenenfalls auch in regionale oder kommunale Belange einbringen können. Dabei ist der Ortsbezug von zentraler Bedeutung – räumliche wie auch inhaltliche Nähe erzeugen Betroffenheit und bilden somit die Basis, Bürgerinnen und Bürger für ein Thema zu interessieren und zur Meinungsbildung wie auch -äußerung zu motivieren.

Durch die Etablierung eines digitalen Dialoges kann dem Phänomen der Politik(er)verdrossenheit ein Stück weit aktiv entgegengewirkt werden. Denn ein solcher sendet seitens der Politik das Signal aus, dass die Bürgermeinung wichtig ist, gehört und wertgeschätzt wird – dass der Bürger ebenso wie der Politiker Teil der Lösung und nicht Teil des Problems ist.

Politik und kommunale Verwaltungen profitieren von dieser Art der Beteiligung, bietet sich doch auf diese Weise der Zugriff auf einen gewaltigen Pool an Ideen und Anregungen aus der Bürgerschaft. Auf der anderen Seite profitiert auch die Bürgerschaft, da sie Zugang zu bestimmten politischen Prozessen erhält, die ihre Lebenswirklichkeit aktiv und nachhaltig gestalten.

Anders als oftmals angenommen sind E-Beteiligungsplattformen keine Selbstläufer. Die Bereitstellung einer technischen Lösung alleine schafft noch keinen Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Neben der Bereitschaft aller Akteure, den Prozess konstruktiv zu gestalten, ist auch die Begleitung und Moderation solcher Prozesse dringend geboten. Dabei muss auch der nicht unerhebliche Ressourceneinsatz (in finanzieller und personeller Hinsicht) einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligung in Betracht gezogen werden – eine frühzeitige und dialogische Beteiligung kann auf der anderen Seite jedoch auch Folgekosten verhindern, die beispielsweise durch Protestbewegungen oder Bürgerbegehren entstehen können.

Das Team der wer|denkt|was GmbH sieht in E-Beteiligungsplattformen eine Möglichkeit, um dem Bürger das politische Geschehen näher zu bringen, ihn für bestimmte politische Themen zu aktivieren und ihn in politische Prozesse zu integrieren. Sicherlich werden hierdurch nicht sämtliche Ursachen der niedrigen Wahlbeteiligung beseitigt, jedoch kann E-Beteiligung dazu beitragen, Politik für den Bürger lebendiger und greifbarer zu gestalten, als dies bisher der Fall ist.

*Die wer|denkt|was GmbH ist eine Ausgründung der TU Darmstadt. 2010 entsprang sie dem Forschungsbereich zur E-Partizipation des Lehrstuhls KOM. Unser Team besteht aus Experten der Fachrichtungen IT, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft. Wir verfügen über langjährige Erfahrungen im Bereich der Bürgerbeteiligung, da wir bundesweit bereits in mehreren Kommunen verschiedene Verfahren zur digitalen Bürgerbeteiligung (z.B. Beschwerde- und Anliegenmanagementsysteme, Bürgerhaushalte, Dokument-Kommentierungen, Bürgerpanel) durchgeführt haben.*